

Pressemeldung

KRM: Kölner Beschneidungsverbot ist ein massiver Eingriff in die Religionsfreiheit

Der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland, Ali Kizilkaya, kritisierte das Urteil des Landgerichts Köln zur Beschneidung von muslimischen Jungen auf das Schärfste. Das Kölner Beschneidungsverbot sei ein massiver Eingriff in die Religionsfreiheit und in das Elternrecht.

Kizilkaya sagte: „Das Urteil nimmt keinerlei Rücksicht auf die seit Jahrtausenden weltweit durchgeführte religiöse Praxis der Beschneidung von muslimischen und jüdischen Jungen. Handlungen, die wesentlicher Bestandteil von Islam und Judentum sind und als abrahamitische Tradition seit Jahrtausenden durchgeführt werden, werden damit in Deutschland kriminalisiert.“

Obwohl durch ein Gutachten festgestellt wurde, dass an der Art der Beschneidung der Arzt alle Regeln der ärztlichen Kunst befolgt hat, konnte er einer Verurteilung nur wegen der Annahme eines Verbotsirrtums entgehen. Fatal ist, dass das Gericht damit auch noch die Überprüfung des eigenen Urteils durch höhere Instanzen einen Riegel vorschiebt. „Wir können uns nicht vorstellen, dass solch ein Urteil vor höheren Gerichten Bestand haben könnte“ führte Kizilkaya hinzu.

Das Urteil führt zu Rechtsunsicherheit, schließlich ist in Deutschland seit Jahrtausenden die Beschneidung üblich und hatte aus gutem Grund keine strafrechtlichen Konsequenzen. Das Urteil wirft mehr Fragen auf, als dass es umfängliche Rechtssicherheit bietet. Zudem erweckt es den Eindruck, als ob der medizinische Eingriff ausschließlich einen gesundheitlichen Nachteil für den Jungen bedeuten würde – die internationale Forschung kommt jedoch genau zum umgekehrten Ergebnis.

Die dadurch entfachten Diskussionen werfen die Integration der Muslime um Schritte zurück, da sie entscheidend an der Ausübung ihrer Religion behindert werden, sollten sich die Ärzte dazu entschließen, Minderjährige nicht mehr zu beschneiden. Auch die Frage, ob man als Muslim überhaupt noch einen Platz in dieser Gesellschaft hat, werden sich viele Muslime angesichts solch massiver Eingriffe in die Religionsfreiheit stellen.

Der Koordinationsrat der Muslime wurde im März 2007 von den vier großen Dachverbänden DITIB, VIKZ, Islamrat und ZMD gegründet. Er organisiert die Vertretung der Muslime in Deutschland und ist Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft.